

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951**

35 (10.2.1951)

# ETTLINGER ZEITUNG

**Erhebungsweise:** Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.20 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.50, im Verlag abgeholt 2.20 DM

**Badischer Landmann**  
gegründet 1896



**Süddeutsche Heimatzeitung**  
für den Albgau

**Anzeigenpreise:** die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

3./52. Jahrgang

Samstag, den 10. Februar 1951

Nr. 35

## „Niemand Ehrenwort gegeben“

**Ramcke über seine Flucht aus Frankreich**  
Frankfurt (UP). „Ich hatte niemals einen Nervenzusammenbruch und fühle mich nie gesünder als jetzt“, schreibt der ehemalige Fallschirmgeneral Ramcke in einem Brief an einen seiner ehemaligen Kriegskameraden. Mit gleicher Post übersandte er diesem Kameraden ein neun Schreibmaschinenseiten umfassendes Exposé, das die Öffentlichkeit die Beweggründe für seine Flucht aus Paris darlegen soll. „Niemand und keinem Menschen gegenüber habe ich schriftlich oder mündlich mein Ehrenwort oder sonst ein Versprechen gegeben“, verteidigt sich Ramcke gegenüber dem gegen ihn erhobenen Vorwurf des Wortbruchs.

Eingehend schildert er dann die Rechtsverhältnisse, denen er und seine Kameraden in Frankreich unterworfen seien. Er betont, daß er nicht ausschließlich um seiner selbst willen den Weg der Flucht gewählt habe. Es sei ihm vielmehr darum zu tun, einer breiten Öffentlichkeit das Schicksal zahlreicher seiner Kameraden in allen Einzelheiten darzulegen. Der ehemalige General ist, wie er schreibt, fest entschlossen, den „Fall Ramcke“ als Anstoß für die Aufklärung des gesamten Kriegsgefangenenproblems in Frankreich zu benutzen. Er schließt sein umfangreiches Exposé mit einem Appell an die Öffentlichkeit, ihn bei seinen Bemühungen zu unterstützen, die nur das eine Ziel hätten, „seinen eingekerkerten Kameraden die Freiheit zu bringen.“

## Heuß Ehren doktor der Theologie

**Der Bundespräsident sprach in Tübingen — Wechselwirkungen zwischen Kirche und Staat**  
Tübingen (UP). Bundespräsident Heuß wurde die Würde eines Ehrendoktors der evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Tübingen verliehen. In einer Ansprache vor den Dozenten und Studenten der Universität ging der Bundespräsident auf die Wirksamkeit des Religiösen auf die Politik im Laufe der Geschichte ein und deutete die vielfachen Arten von Wechselwirkungen zwischen Kirche und Staat an.

Die Reformation bezeichnete er als ein Politikum von Weltgewicht, weil sie ein religiös-kirchliches und ein staatlich-politisches Doppelgehalt gehabt habe. Der eigentlichen Gesellschaftskraft des Protestantismus in der angelsächsischen Welt stelle Professor Heuß einen Verlust der religiösen Mächtigkeit in Deutschland gegenüber, wo die Kirche sich in den Schutz des Staates begeben habe, oder gar ein staatliches Organ geworden sei. In diese Leere im Volkhaften habe dann in Deutschland der Marxismus fast widerstandslos eindringen können. Erst die Päpste im 19. Jahrhundert hätten verbindliches aus dem religiös-dogmatischen Bereich für das soziale und gesellschaftliche Leben ausgesagt. Während der Marxismus für seine mechanische Weltanschauung die Entgötterung der Welt gelehrt habe, habe der Nationalsozialismus schließlich durch seinen biologischen Materialismus eine Vergötterung der Welt gebracht, mit einer Ersatzreligion von Macht und Rasse.

Im letzten Teil seines Vortrages befaßte sich der Bundespräsident mit dem Problem der Macht. Er bezeichnete die Ansicht, daß „wir es als ein Gericht begriffen müßten, wenn Gott uns die Waffen zweimal aus der Hand geschlagen hat“, als aus christlicher Schau heraus nicht verbindlich. Der Christ so sagte Heuß, dessen Kräfte die vier christlichen Kardinaltugenden seien, werde den Sieg erringen, wenn er der Macht nicht ausweiche, sondern sie angehe.

Zum Schluß beantwortete der Bundespräsident die Fragen, ob es eine christliche Politik gebe, ob das Christentum nur in der Transzendenz beheimatet sei und ob das Weltliche autonom bleiben solle, mit folgendem Bildewort, von dem er sagte, es sei zugleich ein Grenzwort: „Was Hilfe es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne und nähme Schaden an seiner Seele.“

## Schüsse an der Zonengrenze

**Volkspolizei nahm zwei Kinder mit**  
Lübeck (UP). Jugendliche Grenzgänger sind, wie das Grenzkommissariat Lübeck-Ost berichtet, von Volkspolizisten beschossen worden. Sechs Jugendliche im Alter zwischen zehn und vierzehn Jahren, unter ihnen ein Mädchen, gingen nach dieser Darstellung beim Almetallsammeln über die zugefrorene Pötenitzer Wiek an der Zonengrenze. Auf Schritten beförderten sie gestohlene Leichtmetallplatten von verschroteten Flugzeugen. Als sie ungefähr 500 Meter vom Grenzüfer entfernt waren, wurden von Volkspolizisten fünf Schüsse auf sie abgegeben. Sechs Volkspolizisten kamen auf das Eis und damit ins Gebiet der Bundesrepublik, um die Kinder festzunehmen. Durch die Schüsse alarmiert, erschienen vier westdeutsche Zollbeamte mit Pistolen bewaffnet gleichfalls auf dem Eis und forderten die Kinder auf, mit ihnen zu kommen. Vier Kinder folgten ihnen, die anderen beiden waren jedoch inzwischen durch die Volkspolizisten abgeschnitten worden und wurden in die Ostzone mitgenommen. Sie sind bisher noch nicht zurückgekehrt.

## Adenauer: Es bleibt dabei

**Amerikanische Einstellung zu Remilitarisierung unverändert**  
„Keinerlei deutsche Vorschauleistungen“

Bonn (UP). Bundeskanzler Adenauer hat, wie ein Sprecher der Regierung mitteilte, dem Kabinett gegenüber seiner Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die amerikanische Einstellung zu einer Beteiligung der Bundesrepublik an der Verteidigung des Westens unverändert sei. Meldungen aus dem Ausland, die von einer Verzögerung der Eingliederung Westdeutschlands wissen wollen, sollte nicht zu viel Bedeutung beigemessen werden.

Zu der Äußerung Eisenhowers über die Möglichkeit der Aufstellung einer „Fremdenlegion“ oder „Freiheitslegion“ unter US-Führung sei der Bundesregierung von amerikanischer Seite mitgeteilt worden, daß man nicht an eine deutsche Beteiligung denke, wenn überhaupt solche ausländische Einheiten aufgestellt werden sollten. Der Regierungssprecher wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der Bundestag zur Zeit einen Gesetzentwurf vorbereite, nach dem die Werbung für ausländische Armeen in der Bundesrepublik unter Strafe gestellt werden soll.

Die Bundesregierung bereite im übrigen ein Weißbuch vor, das sich mit den Fragen eines westdeutschen Verteidigungsbeitrages befaßt. In Bonner politischen Kreisen erklärt man, aus dem Text gehe klar hervor, daß deutschseits bisher „keinerlei Vorschauleistungen“ auf diesem Gebiet vorgenommen worden seien.

Das Bundeskabinett verabschiedete ein Gesetz über die Entlohnung von Bauhand für den Wohnungsbau. Bundesminister Wülfers erläuterte vor der Presse, daß dieses Gesetz der Vereinfachung des Rechtes wegen bei der Entlohnung von Bauhand dienen solle. Nach der Verfassung sei eine Entlohnung nur zulässig, wenn sie zum Wohle der Allgemeinheit erfolge.

**Vorbehalt formell aufgehoben.**

Die alliierte Hohe Kommission hat den Kanzler davon in Kenntnis gesetzt, daß sie die bei der Genehmigung des Grundgesetzes im Mai 1949 auferlegten Vorbehalte für die Ausübung der Polizeigewalt durch die Bundesregierung gemäß Artikel 91, Absatz 2 des Grundgesetzes formell aufgehoben habe.

Artikel 91, Absatz 2 besagt: „Ist das Land, in dem eine Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes droht, nicht selbst zur Bekämpfung der Gefahr bereit oder in der Lage, so kann die Bundesregierung die Polizei in diesem Land und die Polizeikräfte anderer Länder ihren Weisungen unterstellen. Die Anordnung ist nach Beseitigung der Gefahr, im übrigen jederzeit auf Verlangen des Bundesrates aufzuheben.“

## „Ohne Deutschland kaum möglich“

**Hoover über die Verteidigung Europas — Ehemaliger US-Präsident entwickelt sein politisches Programm**

New York (UP). Der ehemalige US-Präsident Hoover, der der Republikanischen Partei angehört, gab in einer Rundfunkrede sein außenpolitisches Programm bekannt. Er erklärte, daß eine ausreichende Verteidigung Europas zu Lande ohne Beteiligung Deutschlands kaum möglich sei und forderte, daß die USA sich in der Hauptsache auf eine Verstärkung der See- und Luftmacht und nicht auf die Entsendung amerikanischer Landstreitkräfte nach Europa konzentrieren sollten.

Hoover wies ferner auf die Widersprüche in der amerikanischen Deutschlandpolitik hin. Vor zwei Monaten habe man genaue Pläne für die Wiederaufrüstung Deutschlands ausgearbeitet. Jetzt sei man entschlossen, die Beteiligung Deutschlands zurückzustellen oder aufzuschieben. Hoover entwickelte dann folgendes Programm:

1. Die große Produktionskraft der USA muß zur Verstärkung der See- und Luftmacht und zur Herstellung von Kriegsmaterial ausgenutzt werden.
2. Wenn Europa angegriffen wird, müssen wir mit überwältigenden See- und Luftstreitkräften entscheidend eingreifen, bis der Angreifer genug hat.
3. Wir sollten denjenigen Staaten Munition liefern, die ihr äußerstes tun, um sich zu verteidigen.
4. Wir sollten keine Landstreitkräfte zu Expeditionen in die unsicheren Verhältnisse Europas und Chinas entsenden.
5. Viele befürworten die Entsendung amerikanischer Streitkräfte nach Europa, bevor ein Angriff stattgefunden hat. Ich rate jedoch dringend, abzuwarten, bis die Völker Europas selbst eine größere Militärmacht aufgebaut und ihre Streitigkeiten begraben haben.
6. Wir müssen unsere Staatsausgaben so weit ermäßigen, daß wir diese Ausgaben eine lange Reihe von Jahren tragen können.
7. Wir müssen Formosa, die Philippinen und Japan verteidigen. Das können wir mit unseren Marine- und Luftstreitkräften. Wir sollten Tschingaische in China freie Hand lassen und ihn mit Munition beliefern.
8. Ich habe bereits vor drei Jahren vorge-

Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums kündigte an, daß die vorgesehenen 10 000 Mann Bereitschaftspolizei in den Ländern und die weiteren zehntausend Mann Grenzschutzpolizei „in Bälde“ aufgestellt würden.

**Gewerkschaftswünsche erfüllt**

Bei der Behandlung des Gesetzentwurfes über die Mitbestimmung hat der Bundesrat Änderungsvorschläge angenommen, die grundsätzlich den Änderungswünschen der Gewerkschaften entsprechen. Danach werden alle Betriebe unter das Mitbestimmungsgesetz fallen, die über dreihundert Arbeitnehmer beschäftigen. Nach dem Regierungsentwurf lag die Grenze bei tausend Arbeitnehmern. Die Vorschläge des Bundesrates werden der Bundesregierung mit der Bitte um Berücksichtigung zugeleitet. Falls das Kabinett die Änderungen nicht in das Gesetz aufnimmt, wird das gesamte Material dem Bundestag zur Beschlussfassung vorgelegt. Der Bundesrat nahm weiter das Gesetz über die Errichtung des Bundesverfassungsgerichtes und den Entwurf des Gesetzes über die Wirtschaftssicherung nach kurzer Debatte an.

**Volkakammern an Bundestag**

Der Bundestag ist vom Präsidenten der Volkammer der Deutschen Demokratischen Republik eingeladen worden, eine Delegation für die Vorbereitung zur Einberufung eines gesamtdeutschen konstituierenden Rates zu benennen. Dieser Wunsch ist in einem Schreiben an Bundestagspräsident Ehlers übermittelt worden, das soeben veröffentlicht wurde. Volkammerpräsident Diekmann spricht in seinem Brief die Bitte aus, daß dem Bundestag der Beschluß der Volkammer über die Vorbereitung eines gesamtdeutschen Rates zur Kenntnis gegeben werde.

**Lindbergh bei Graf Schwerin**

Der weltbekannte amerikanische Ozeanflieger und Berater der amerikanischen Luftstreitkräfte, Lindbergh, konferierte Ende 1950 — wie erst jetzt bekannt wurde — eine Stunde über die Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrages mit dem damaligen militärischen Berater des Bundeskanzlers, dem ehemaligen Panzergeneral Graf Schwerin. Schwerin bestätigte soeben, daß er mit Lindbergh „allgemeine Fragen der Wiederbewaffnung“ diskutiert habe, als der amerikanische Experte die Bundeshauptstadt inoffiziell besuchte. Lindbergh hat dem Bundeskanzler bei seinem Besuch nicht gesehen, traf aber wahrscheinlich mit einigen seiner Mitarbeiter zusammen.

Die sechs Mitglieder des Bundestages sind aus London kommend in New York eingetroffen. Nach Erledigung der Zollformalitäten sprachen die Abgeordneten einige Worte auf Deutsch für „Die Stimme Amerikas“, ehe sie von den Reportern interviewt wurden.

Die deutschen Parlamentarier statten auf Grund einer Vereinbarung mit dem US-Außenministerium den Vereinigten Staaten einen zweiwöchigen Besuch ab. Sie werden bis Samstag vormittag in New York bleiben und dann nach Washington weiterreisen. Am Dienstag werden sie dort Gäste bei einem ihnen zu Ehren gegebenen Essen des Repräsentantenhauses sein. Von Washington machen sie einen Abstecher nach Detroit, um die dortigen Industriewerke zu besichtigen. Anschließend kehren sie nach New York zurück.

**In Deutschland begraben werden.** Zu dem Tod des bekannten deutschen Industriellen Fritz Thyssen, der in Buenos Aires einem Herzschlag erlag, wurde von seiner Familie bekanntgegeben, daß es sein letzter Wunsch gewesen sei, in Deutschland begraben zu werden.

## „Keine unwiderruflichen Schritte“

**Von unserem Korrespondenten**

H.Sh. London

Die Vereinigten Staaten ernen — wie sich viele europäische Regierungsvertreter ausdrücken — gegenwärtig die Früchte einer überreifen Politik, die sich eine möglichst schnelle Aufrüstung Westdeutschlands zum Ziel gesetzt hatte.

Die Früchte dieser Politik lassen sich jetzt in der allgemeinen Verwirrung erkennen, die in Kreisen der Nordatlantikkpakt-Staaten herrscht. Je häufiger die Frage der westdeutschen Remilitarisierung im Mittelpunkt der Verhandlungen steht, in um so erschreckenderem Maße stellt sich heraus, daß die verschiedenen Verhandlungspartner die auf der Brüsseler Außenministerkonferenz getroffenen Entscheidungen verschieden interpretieren.

Vor einem Jahr bestanden noch gute Chancen, volle Einigkeit über die Aufstellung zusätzlicher westdeutscher Polizeieinheiten zu erzielen, womit ein wichtiger erster Schritt zur Verteidigung der Bundesrepublik getan worden wäre. Heute ist dieser Plan jedoch so gut wie in Vergessenheit geraten, der Akzent hat sich auf die militärische Wiederaufrüstung verlagert, ohne daß freilich allzu große Hoffnungen auf ein Ergebnis bestehen.

Westeuropäische Regierungsvertreter — in erster Linie Großbritanniens und Frankreichs — verhehlen nicht, daß die Vereinigten Staaten im September letzten Jahres einen schweren taktischen Fehler begangen hätten, als sie die anderen Paktnationen für die Aufstellung von deutschen Divisionen für die atlantische Armee zu gewinnen versuchten.

Frankreich lehnte bei den damaligen New Yorker Verhandlungen den amerikanischen Vorschlag unumwunden ab. Die britischen Vertreter erklärten sich zunächst einverstanden, wurden jedoch wenig später vom linken Flügel der Labour Party mit scharfen Angriffen überschüttet.

Zwischen der September-Konferenz in New York und den Brüsseler Außenministerverhandlungen im Dezember wurde eine Kompromißlösung herausgearbeitet, die auch den französischen Ansprüchen zu genügen schien. Man wurde sich im Grundprinzip darüber einig, daß Westdeutschland für die Verteidigung des Westens einen Beitrag in irgendeiner Form zu liefern habe. Man ging sogar noch weiter und beschloß, daß die zukünftigen westdeutschen Verbände stärkegemäß in einem Verhältnis von eins zu fünf zu denen der Nordatlantikkpakt-Staaten stehen sollten.

Als die Verhandlungspartner damals auseinandergingen, propagierte Frankreich noch immer seinen Plan einer europäischen Armee. Wie sich jedoch jetzt, kurz vor Beginn der Verhandlungen über die Aufstellung einer solchen Armee, herausstellt, haben die meisten westeuropäischen Länder ihre Begeisterung für den Pleven-Plan verloren, und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß auch Frankreich selbst nur noch wenig Enthusiasmus dafür aufbringt.

Die Frage lautet nun, was wird Frankreich tun, falls der Europaarmee-Plan ins Wasser fällt und der Vorschlag einer Einbeziehung deutscher Einheiten in die geplante nordatlantische Armee wieder in den Vordergrund rückt? Die kürzliche Reaktion britischer und französischer Kreise läßt erkennen, daß auf beiden Seiten des Kanals starke Zurückhaltung geübt wird.

Ein Sprecher der britischen Regierung erklärte vor dem Unterhaus, daß in Richtung auf eine Wiederaufrüstung der Bundesrepublik noch keine unwiderruflichen Schritte unternommen worden seien. Mit anderen Worten, er wollte zum Ausdruck bringen, daß noch Zeit vorhanden sei, die westdeutsche Aufrüstungsfrage ganz fallen zu lassen. Und in Paris betont man seit der Rückkehr Plevens aus Washington immer wieder, daß der Ministerpräsident von Truman die Versicherung erhalten habe, daß die Vereinigten Staaten keinen Druck bezüglich einer Remilitarisierung Westdeutschlands ausüben würden.

Inzwischen hat Moskau die amerikanische Regierung auf inoffiziellen diplomatischen Wegen wissen lassen, daß Rußland bereit sei, an Stelle einer westdeutschen Wiederbewaffnung der Frage einer Viermächtegarantie für ein neutrales Deutschland näherzutreten. In ähnlicher Weise haben sowjetische Stellen in Berlin bei den Westmächten bereits vor kurzem vorgeführt. In London weist man darauf hin, daß der damalige amerikanische Außenminister Byrnes schon im Jahre 1948 einmal den Vorschlag einer solchen Viermächtegarantie gemacht habe. Eine Verzögerung in den Bemühungen um einen militärischen Beitrag der Bundesrepublik bringt nach Ansicht Londons die Möglichkeit mit sich, die sowjetische Bereitschaft zu prüfen, ob für eine Preisgabe

der Wiederaufrüstungspolitik in Westdeutschland ernsthaftige Zugeständnisse von Rußland zu erhalten sind.

Aus Landsberg entlassen

Zwei weitere deutsche Häftlinge begnadigt Landsberg (UP). Zwei deutsche Häftlinge — der wegen Verübung von Grausamkeiten im KZ Flossenbürg zu lebenslänglicher Haft verurteilte 6-jährige Ludwig Budden-seig sowie der aus den gleichen Gründen mit zehnjähriger Haft bestrafte 49-jährige Hans Lipinski — wurden aus dem Landsberger Gefängnis entlassen.

Der britische Hohe Kommissar Sir Ivone Kirkpatrick traf in London ein, um an Besprechungen teilzunehmen, in deren Verlauf vermutlich auch die Frage der Überprüfung von gegen deutsche Kriegsverbrecher ausgesprochenen Urteilen behandelt werden soll.

Sie konnten zusammen nicht kommen ..

Osterreichische Präsidentenwahl am 20. Mai? Wien (UP). Dem alliierten Kontrollrat für Osterreich ist es nicht gelungen, sich über das vom osterreichischen Parlament Mitte Januar verabschiedete Gesetz zur Wahl eines neuen Staatspräsidenten und über ein Gesetz, das den 20. Mai als Wahltag festsetzt, zu einigen. Beide Gesetze werden 31 Tage nach ihrer Verabschiedung automatisch in Kraft treten, falls der alliierte Kontrollrat nicht vorher sein Veto einlegt. Dies wäre in diesem Falle am 17. Februar.

Der sowjetische Delegierte stellte fest, sein Land erblicke in der osterreichischen Verfassung von 1929, nach der das Land seit 1945 regiert wird, keine staatsrechtliche Grundlage, weil diese Verfassung von der Sowjetunion niemals anerkannt worden sei. Dieses Argument könne nach Ansicht westlicher Beobachter geeignet sein, eines Tages als „Alibi“ für einen kommunistischen Putsch in Osterreich verwendet zu werden.

„Kleiner Napoleon“ verhaftet

Britischer Hafenarbeiterstreik breitet sich aus London (UP). Der „wilde“ Streik, der schon im Abklingen war, hat sich nach Zusammenstoßen zwischen Polizei und Streikenden bei der Verhaftung von sieben Arbeitern weiter ausbreitet, so daß schon 104 Dampfer still liegen. Man rechnet damit, daß bisher im Hafengebiet von Liverpool, Manchester und London 18 000 Schauerleute und Hafenarbeiter in den Ausstand getreten sind. Es scheint, daß der Streik immer weiter um sich greift, obwohl die Gewerkschaften erklärt haben, daß es sich um einen kommunistischen Versuch handele, die Schifffahrt lahmzulegen. In London selbst streikten 7000 Arbeiter von den Royal Docks und etwa 1000 von den West-India-Docks.

Unter den Verhafteten befand sich auch der Anführer der Streikenden, „der kleine Napoleon“ Albert Timothy. Die Festnahmen wurden unter der Beschuldigung vorgenommen, daß diese Arbeiter ihre Kameraden zum „wilden“ Streik aufgehetzt hätten. Vom Gericht wurden sie gegen eine Kaution von je 100 Pfund Sterling aus der Haft entlassen.

Der britische Premierminister Attlee besuchte Außenminister Bevin zum ersten Mal seit dieser an einer Lungenentzündung erkrankt war. Nach dem Besuch wurde bekanntgegeben, daß sich Bevin's Gesundheitszustand stark gebessert habe und daß der Außenminister nicht die Absicht habe, von seinem Posten zurückzutreten.

Prag protestiert erneut. Eine neue Protestnote gegen die angebliche Verletzung tschechoslowakischen Luftraumes durch amerikanische Militärflugzeuge wurde der Prager US-Botschaft überreicht.

Im Zeichen eines Mittelmeerpaktes?

Die Konferenz Pleven-de Gasperi in Portofino — „Titoismus in Italiens KP verstärkt sich“

U.G. Rom. Am Montag beginnt in Portofino an der italienischen Riviera die angekündigte italienisch-französische Konferenz, an der von französischer Seite Ministerpräsident Pleven und Außenminister Schuman und von italienischer Seite Ministerpräsident de Gasperi und Außenminister Graf Sforza teilnehmen.

Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß die Konferenz auf italienische Anregung zustande kommt und daß beide Staaten versuchen werden, gemeinsame Wege zur Überwindung der gegenwärtigen Weltkrise zu finden. Möglicherweise sollen dabei Vorbesprechungen über einen französisch-italienischen Mittelmeerverteidigungspakt geführt werden, der als regionales Abkommen in den Rahmen des Nordatlantikpaktes eingefügt werden könnte.

Die Austritte prominenter italienischer Kommunisten aus der Kommunistischen Partei werden immer zahlreicher. Soeben gaben zwei weitere ehemalige Partisanenführer, die in der Emilia eine bedeutende Rolle spielten, Dr. Sternini und Gino Venturi, ihren Bruch mit der Partei bekannt.

Pietro Secchia, Italiens Kommunist Nr. 2, hat Italien „mit unbekanntem Ziel“ verlassen. In Regierungskreisen wird angenommen, daß er sich nach Moskau begibt, um dort über

den Austritt zunehmender kommunistischer Funktionäre Rechenschaft abzulegen.

In westalliierten politischen Kreisen mißt man den zahlreichen Fällen von „Titoismus“ in der Kommunistischen Partei Italiens größere Bedeutung bei, als bei dem Abfall von Kommunisten von der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Man ist dabei der Ansicht, daß alle westeuropäischen kommunistischen Parteien von „Titoismus“ zersetz werden, sobald die unmittelbare Gefahr eines Krieges wachse. Der Unterschied zwischen dem Titoismus in der Tschechoslowakei und in Italien wirke sich verschieden aus, da der Kommunismus in der Tschechoslowakei an der Macht sei, während der Staatsapparat in Italien sich nicht in seiner Hand befinde. Die Sowjetunion verfüge in Prag und in allen Städten der Tschechei über verlässliche Agenten und Gefolgsleute, so daß jede „Abweichung“ sofort erkannt und ausgemerzt werden könne. In Italien könne dagegen jeder Kommunist ohne das Risiko der Verhaftung aus der Partei austreten. Die „Titoisten“ Italiens bestünden zum größten Teil aus ehemaligen Partisanen, die für eine aktive Verteidigung Italiens einträten. Sie seien in den letzten Jahren von den jugoslawischen Kommunisten unter Marschall Tito aktiv unterstützt worden.

UN-Truppen einen Kilometer vor Seoul

Tausende von Kommunisten eingekesselt — Heftige Kämpfe im Mittelabschnitt

Tokio. Truppen der Vereinten Nationen stehen noch rund einen Kilometer vor Seouls Außenbezirken. Es ist ihnen gelungen, Tausende von Kommunisten in einen Kessel einzuschließen, der sich unmittelbar südlich von Seoul befindet und etwa 80 Quadratkilometer umfaßt.

Ein amerikanischer Offizier teilte mit, daß es den Angriffsspitzen der Alliierten bereits mit Leichtigkeit möglich sei, das Stadtinnere von Seoul unter Granatwerferbeschuß zu nehmen. Artillerie und Selbstfahrlafetten nahmen Seoul bekanntlich schon am Vortage unter Beschuß. Eine alliierte Vorausabteilung hat sich in der Zwischenzeit dem Hafen Incheon bis auf zehn Kilometer genähert.

Fünf Kilometer südöstlich von Seoul hat sich die Flanke der alliierten Angriffstruppen über den Han-Fluß vorgeschoben und sich dem Industrie-Vorort von Seoul Yonngungpo genähert. Andere starke alliierte Verbände haben zehn Kilometer südlich des Han-Flusses damit begonnen, kommunistische Bergstellungen „aufzurollen“.

Auf breiter Front haben die Kommunisten südlich und südöstlich von Seoul die Flucht ergriffen. Den vorstoßenden alliierten Truppen sind große Mengen an Waffen und Versorgungsgütern in die Hände gefallen, die die Kommunisten nicht mehr mitnehmen konnten.

Im mittleren Frontabschnitt hat sich der Widerstand der Kommunisten jedoch verstärkt. Nördlich von Incheon führten sie einen Gegenangriff durch. Auch in den zentral-koreanischen Bergen — oberhalb von Hoengson — versuchten die Kommunisten, die Alliierten zurückzuwerfen. Nach den letzten Frontberichten ist ihnen jedoch an keiner Stelle ein Durchbruch gelungen. Schneefälle und niedrig hängende Wolkendecken machten den Luftstreitkräften das Eingreifen ins Kampfgeschehen nahezu unmöglich.

Canaris wurde gehenkt

Dänischer Zeuge im Huppenkothen-Prozess München (UP). Am fünften Verhandlungstag im Prozess gegen Huppenkothen zi-

tierte der ehemalige Zellennachbar von Canaris in Flossenbürg, der Oberleutnant der dänischen Spionabwehr, Hans Lunding, die ihm durch Klopfzeichen übermittelte letzte Botschaft des Admirals vor dessen Hinrichtung.

Lunding hatte am Abend des 8. April 1945 gehört, wie man Canaris die Beinfesseln abnahm und ihn aus der Zelle — anscheinend zu einem Verhör — führte. Nach seiner Rückkehr um Mitternacht habe ihm Canaris durch Klopfzeichen zu verstehen gegeben, daß seine Zeit um sei und ihn gebeten, seiner Frau die letzten Grüße zu überbringen.

Der ehemalige dänische Abwehroffizier fuhr fort: „Bis fünf Uhr morgens war Ruhe. Um sechs Uhr wurde die Zellentür von Canaris geöffnet und dieser vor die Tür des SS-Büros geführt. Dann befahl man ihm sich zu kleiden, was er Exekutionen üblich war. Eine halbe Stunde nachher wiederholte sich der gleiche Vorgang bei sechs bis acht weiteren Häftlingen. Ich muß annehmen, daß Canaris und die übrigen Häftlinge an diesem Tage an den in die Hofmauer des KZ-Flossenbürg eingelassenen Rängen gehängt wurden. Die alltäglich wahrnehmbaren Kleinkaliberschüsse, mit denen die Häftlinge gewöhnlich durch Genickschüsse getötet wurden, hörte ich an diesem Tage nicht.“

Der frühere Direktor des Gestapogefängnisses an der Prinz-Albrecht-Straße in Berlin, Wilhelm Gopolo, bestritt, von den Mißhandlungen in der ihm unterstellten Anstalt gewußt zu haben.

Der Staatsanwalt legte eine „geheime Reichsachse“ des ehemaligen Reichsführers der SS, Himmler, vor, in der der Kommandant des KZ Dachau aufgedordert wurde, den Uhrmacher Eiser als den angeblichen Attentäter vom 8. November 1939 „so unauffällig wie möglich zu liquidieren“. Eiser soll im November 1939 am Vortage zum 16. Jahrestag des „Marsch...“ auf die Feldherrnhalle in Münchener Bürgerbräukeller, in dem der „Führer“ sprechen sollte, eine Bombe mit Zeitzunder gelegt haben. Bekanntlich mißlang das Attentat, da Hitler vorzeitig die Versammlung verließ.

Clementis nicht in Belgrad

Jugoslawische Regierung dementiert

Belgrad (UP). Die jugoslawische Regierung dementierte offiziell alle Berichte, in denen behauptet wurde, daß sich der ehemalige tschechoslowakische Außenminister Clementis in Jugoslawien aufhalte. In einem Regierungskommuniqué heißt es: „Alle Nachrichten, die von ausländischen Nachrichtenagenturen verbreitet wurden und die von der Möglichkeit sprachen, daß sich Clementis in Jugoslawien aufhalte, entsprechen nicht den Tatsachen. Clementis befindet sich nicht in Jugoslawien.“

Gemeindeschreiber fälschte DP-Papiere

Wiedergutmachungsgelder erschlichen

München (UP). Ein Schreiber der Gemeinde Stöcken (Landkreis Landsberg) wurde der fortgesetzten Fälschung von Urkundenfälschung und Unterschlagung im Amt überführt. Er hatte das Melderegister der Gemeinde, in dem die Ausländer eingetragen waren, neu angefertigt und die alte Liste vernichtet. Darüber hinaus stellte er Aufenthaltbescheinigungen und polizeiliche Führungszeugnisse für Personen aus, die nie in der Gemeinde gewohnt hatten und gab dadurch verschiedenen DP's die Möglichkeit, unrechtmäßig in den Besitz von Wiedergutmachungsgeldern zu kommen.

Es ist dies der erste bekanntgewordene Fall der Fälschung von DP-Aufenthaltsbescheinigungen im bayerischen Landesentschädigungsamt. Insgesamt sind in die Affäre 45 bayerische Gemeinden verwickelt.

Frau und Kind erschossen

Familien-Mörder gab sich selbst den Tod

Nürnberg (UP). Ein 31 Jahre alter Nürnberger Malermeister erschöß nach einer Auseinandersetzung mit seiner Familie in der Wohnung seiner Schwägerin seine 29 Jahre alte Frau, seinen zweijährigen Sohn und schließlich sich selbst. Seinen 68 Jahre alten Schwiegervater hatte er durch zwei Bauchschnüsse so schwer verletzt, daß dieser zwei Stunden später im Krankenhaus starb.

Einzige Überlebende der Familientragödie ist die Schwiegermutter des Mörders, die aus der Wohnung floh, während er das Magazin seiner Pistole auswechselte.

In brennendes Öl gestürzt

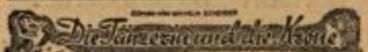
Vier Feuerwehrmänner umgekommen

Rotterdam (UP). In der Hafenstadt Vlaardingen bei Rotterdam gerieten auf einem Kanal an der Oberfläche schwimmende Mengen verbrauchten Öls in Brand, wahrscheinlich durch Funken eines Schweißapparats. Normalerweise fließt das Öl den Kanal hinunter ins Meer. Der Südwestwind trieb die Ölmenge diesmal zurück in den Hafen. Im Lauf der Bekämpfung des Feuers glitt eine Feuerspritze von einem Deich in den Kanal und geriet unter die brennenden Ölengen. Vier Feuerwehrmänner blieben dabei in den Fluten unter das brennende Öl. Sie fanden dabei den Tod, während zwei weitere verletzt wurden.

Ganze Kompanie vermißt

Neue Lawinenkatastrophen in Italien

Rom (UP). In den italienischen Alpen gingen wiederum schwere Lawinen zu Tal, die etwa 30 bis 40 Dörfer von der Außenwelt abschneiden. In der Nähe der österreichischen Grenze wurde der Zugang zu einem katholischen Waisenhaus, in dem etwa 300 Kinder untergebracht sind, durch Lawinen verschüttet. Rettungsmannschaften versuchen die eingeschlossenen zu erreichen, doch war ihnen bisher ein Erfolg versagt. Da immer neue Schneemassen sich in den Weg stellen, das Hauptquartier der italienischen Armee gab bekannt, schon seit einigen Tagen fehle jede Nachricht von einer Gebirgstruppenkompanie, die sich auf einer Übung in der Gegend nordöstlich von Bozen befand.



(Urheberrechtlich geschützt Hermann Berger, Wiesbaden)

4. Fortsetzung Nachdruck verboten.

Das Lokal lag in einer schmalen Nebengasse der lärmvollen Rambla, der großen Verkehrsader, die Barcelona durchschneidet und zum Hafen hinunterführt. Es war ein richtiges Hafenkloak, niedrig, verträuchert und voller Matrosen. Als sie eintraten, tobte ihnen eine wilde Musik entgegen. Auf dem Podium, in grellgrünem Licht getaucht, stand eine üppige Person von vielleicht zwanzig Jahren und tanzte einen Fandango mit ausgesprochen lasziven Gebärden. Gleichzeitig setzte das Gejohle betrunkenen Matrosen ein. Sie blieben in der Tür stehen. Bert, der angewidert und doch gebannt auf das Bild schaute, fühlte Conchitas Hand an seinem Arm. Sie zog ihn zur Tür.

Draußen stand noch der offene Wagen, mit dem sie gekommen waren; sie stiegen wieder ein, und Conchita rief dem Chauffeur ein Wort zu, das Bert nicht verstand. Während der Fahrt, den Hafen entlang, über breite, palmenumstümete Straßen und durch Vororte mit niedrigen Häusern, sprachen sie kein Wort. Immer wieder kam das Meer zum Vorschein und der Mann und die Frau verloren sich in dem Anblick des Mondes, der die weite Unendlichkeit beglänzte.

Schließlich stand der Wagen. Sie befanden sich in einem Ort mit vielen Villen, gingen über eine völlig menschenleere Promenade und kamen an die offene See. Der Mond, sehr tief am Horizont, warf eine funkelnde, glitzernde Bahn über das

Wasser. Sie traten an die Steinbrüstung heran und Conchita legte ihre Hand in Berts Arm.

Es geschah zum erstenmal. Sie blickten auf das stille, mit leisem Wellenschlag atmende Meer hinaus. Sie schwiegen immer noch. Nach einer Weile merkte Bert, daß Conchita ihn von der Seite ansah. Er wandte sich ihr voll zu. Ihr schmales, weißes Antlitz war dicht vor ihm, sie lächelte und sah mit ihrem weichen, großen Blick, in dem sich das Mondlicht widerspiegelte, zu ihm auf. Ihre Lippen bewegten sich, aber sie sagte nichts.

Da zog er sie an sich, und leidenschaftlich erwiderte sie seinen Kuß.

Die nächsten Tage waren wie ein Rausch. Jede Stunde verbrachten sie miteinander; sie lebten nur ihrer Liebe. Conchita sagte ihm, daß sie einfach nicht begreife, wie es über sie gekommen sei, sie könne es nicht fassen.

Bert war ständig davon überzeugt, in einem phantastischen Traum zu leben, aus dem es kein Erwachen gab, und es schien ihm, als sei Conchita in dem gleichen Traum befangen. Ja, die Verzauberung war so stark in ihm, daß er gar nicht zum Nachdenken kam und sich nie die Mühe nahm, Conchitas Charakter, die Art ihres Lebens und Wesens auch nur flüchtig zu erforschen. Seine Liebe war völlig blind, er kannte nur ihre schwebende Leichtigkeit, ihre ihm ganz hingebene Leidenschaft, ihre Zärtlichkeit, ihr überströmendes Sichverschenken. Daß der Traum einmal enden könnte, kam ihm nicht zum Bewußtsein.

Am Vormittag des 17. Juli, als er sie wie jeden Morgen in der Halle ihres Hotels erwartete, teilte sie ihm mit, daß sie jetzt zum Hafen hinunterfahre, um José

Kastenreuth, ihren Manager und Impresario, der erst heute verspätet aus Buenos Aires eintreffe und der den weiteren Verlauf ihrer Spanien-Tournee zu ordnen habe, vom Schiff abzuholen. Ende Juli beschleße sie das Gastspiel in Barcelona. Sie wäre sehr froh, nun endlich ihren treulichen José — sie nannte ihn immer nur beim Vornamen — hier zu wissen.

„Du mußt natürlich mitkommen, Bert.“ Eine nervöse Unrast, wie er sie noch nie an ihr bemerkt hatte, fiel ihm auf. Während der Fahrt erzählte sie immer wieder von José, von seiner Umsicht und Tüchtigkeit. Er sei genau so wie sie deutscher Abkunft, aber in Argentinien geboren. Seit dem Beginn ihrer künstlerischen Laufbahn betreue er sie, und noch niemals habe er versagt. Er ebene ihr nicht nur alle Wege, schließe nicht nur sämtliche Verträge für sie ab, sondern verwalte auch ihr kleines Vermögen, das sie sich redlich erarbeitet habe.

Dann standen sie auf dem Kai, auf dem der große Südamerika-Dampfer lag. Über die Fallreppentreppe stürmten die Passagiere. Conchitas Erregung hatte sich noch verstärkt und Bert wartete mit einiger Spannung. Endlich erschien Kastenreuth, ein schmaler, kleiner, lächelnder Mensch von unscheinbarem Äußeren. Conchita jubelte, küßte ihn auf die Wange und machte ihn glückselig mit Bert bekannt. Bert sah dem Mann offen ins Gesicht. Der Blick wurde von Kastenreuth ziemlich scheu, anscheinend verlegen erwidert. Er war ziemlich Anfang der fünfzig und hatte graue Schläfen. Als Bert ihm die Hand drückte und sich nach der Fahrt erkundigte, antwortete er höflich und verbindlich.

Inzwischen hatte sich aus der Menge der Passagiere ein großer, gut aussehender

Mann gelöst, der sich der Gruppe näherte. Er begrüßte Conchita. Bert sah deutlich ihr jähes Erblassen. Lächelnd küßte der Fremde ihr die Hand. Sie war verwirrt, dann faßte sie sich und in dem harten Kreolisch der Argentinier, mit leicht bebender Stimme, brachte sie einige Worte hervor. Gleich darauf wandte sie sich hastig Bert zu und stellte ihm Erik Jul vor.

Kastenreuth begann in seiner ruhigen Art die Situation zu erklären. Erik Jul habe zufällig mit ihm zusammen die Überfahrt gemacht. Er bleibe nur wenige Tage in Barcelona und freue sich, bei dieser Gelegenheit wieder einmal Conchita begrüßen zu können. Jul bestätigte Conchita gegenüber diese Worte und Bert hörte, daß er ziemlich gut deutsch sprach, allerdings mit skandinavischem Akzent. Er war Däne von Geburt.

Bert musterte Jul und empfing einen seltsam sinnenden, abwägenden Blick. Jul war in seinem Alter, um die Mitte der dreißig, eine kräftige, große und schlanke Erscheinung, ein ausgesprochen nordischer Typ mit rötlich-blondem, vollem Haar, hellen Augenbrauen und einer breiten, nachdenklichen Stirn. Eine große Ruhe ging von ihm aus; er sprach langsam, zögernd und unbestimmt — vielleicht war das darauf zurückzuführen, daß ihm die Ausdrucksweise im Deutschen einige Mühe machte. — Seine Haltung war lässig und sein grauer Fellanzug ziemlich salopp. Bert, der gewohnt war, aus dem Äußeren und dem Gesichtsschnitt eines Menschen gewisse Schlüsse zu ziehen, wußte nicht recht, was er von Jul halten sollte. Er erinnerte ihn irgendwie an einen Bildhauer in Hamburg, den er kannte. Vielleicht war dieser Jul tatsächlich ein Künstler.

Fortsetzung folgt

### Umschau in Karlsruhe

**Beamtenversetzung wirbelt Staub auf**  
 Karlsruhe (UP). Die nordbadische Landesbezirksverwaltung in Karlsruhe nimmt gegenwärtig eine einschneidende Umorganisation in ihren Behörden vor, die in Oppositionskreisen große Empörung auslöst. Am stärksten wird hiervon die Präsidentschaft des Landesbezirkspräsidenten betroffen, deren bisheriger Leiter, Ministerialrat Kistner, in die Abteilung „Wasser-, Straßen- und Vermessungswesen“ im Bereich der nordbadischen Finanzabteilung versetzt wurde. Nach Ansicht der CDU stellt dieses „politische Köpfe“ des Spitzenbeamtenstums den ersten Schritt zum Abbau der nordbadischen Selbstverwaltung auf „kaltem Wege“ dar. Die CDU werde eine Große Anfrage „In Sachen Kistner“ vor dem württemberg-badischen Landtag einbringen.

**Revision im Volkswagenpar-Prozess**  
 Karlsruhe (SWK/APD). Wie bekannt wird, ist beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe jetzt der Revisionsantrag im Volkswagenpar-Prozess eingegangen. Bekanntlich wurden die einschlägigen Verfahren vom Landes- und Oberlandesgericht Celle zu Ungunsten der ehemaligen Volkswagenparer entschieden. Wie weiter verläuft, rechnet der I. Zivilsenat des Bundesgerichtshofes jedoch nicht damit, daß das Revisionsverfahren vor Ende Mai dieses Jahres durchgeführt werden kann.

**DAG-Versammlung Öffentl. Dienst**  
 Karlsruhe. Die Berufsgruppe Angestellte des Öffentlichen Dienstes in der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft hält am Montag, 12. Febr., abends 19.30 Uhr im Versammlungsraum der DAG-Geschäftsstelle, Kriegerstr. 154, ihre Hauptversammlung mit Neuwahl der Berufsgruppenleitung ab.

**Remilitarisierung?**  
 Karlsruhe. Der Landesjugendausschuß Nordbaden veranstaltet am Montag, 12. Febr., 20 Uhr, ein öffentliches Jugendforum über dieses Thema im Studentenhause Karlsruhe (Parkring 7, Straßenbahnhaltestelle Durlacher Tor). Vertreter des öffentlichen Lebens nehmen an dem Forum teil. Eintritt frei.

### Aus der badischen Heimat

**Detonierende Munition tötet drei Jungen**  
 Mannheim (Iwb). In dem Mannheimer Stadtteil Gartenstadt wurden drei Jungen im Alter zwischen 16 und 19 Jahren durch eine detonierende Granate getötet. Zwei weitere Jungen und ein 32-jähriger Mann wurden verletzt. Die Jungen hatten im Käfertal Wald umherliegende Munition gesammelt, die sie nach dem Entschärfen als Altmetall verkauft wollten. Beim Entschärfen mit dem Hammer ist eine 3,7-cm-Granate detoniert. Zwei der getöteten Jungen sind Brüder.

**Raubmord aufgeklärt**  
 Pforzheim (Iwb). Der am 30. Januar an dem Pforzheimer Altmetallhändler Kammeda verübte Raubmord ist fast restlos aufgeklärt. Als Täter wird der 33 Jahre alte Kraftfahrer Heiler aus Eutingen in Baden verdächtigt, der sich seit dem 3. Februar in Untersuchungshaft befindet. Wie die Staatsanwaltschaft mitteilt, hat Kammeda am Abend des 30. Januar mit drei anderen Personen zusammen einen Einbruchsdiebstahl in einem stillgelegten Bergwerk im Hagenschloß verübt.

**Endlich die Brücke bei Wertheim**  
 Wertheim (SWK). Vor einigen Wochen war man in Wertheim noch heftig erzdrt, weil sich Baden und Bayern über die Finanzierung der neuen Mainbrücke bei Wertheim nicht einigen konnten. Jetzt haben sich beide Länder bereit erklärt, mit dem Bau sofort zu beginnen. Sie soll sogar bedeutend größer und breiter gebaut werden, als die während des Krieges zerstörte Brücke. Nach der Fertigstellung im Sommer des nächsten Jahres ist damit endlich wieder die Verbindung zwischen Württemberg-Baden, Bayern und Hessen über eine Mainbrücke vorhanden.

**„Versteppung des Schwarzwaldes“**  
 Säckingen (UP). Gegen eine drohende „Versteppung des Schwarzwaldes“ wendet sich die Bevölkerung des Südschwarzwaldes. Damit ist der jahrelange Kampf zwischen Industrie und Natur in dieser noch „unberührten“ Gegend Deutschlands in ein kritisches Stadium getreten. Der „Verein der durch Bau und Betrieb des Schluchsewerkes Betroffenen e. V.“ wendet sich nicht mehr an den engen Kreis der unmittelbar beteiligten Unternehmer, Behörden und Grundbesitzer in Südbaden, sondern an die deutsche und europäische Öffentlichkeit. Wenn das gesamte Wasser zweier Schwarzwaldflüsse, der Murg und des Ibachs, zur Gewinnung von Elektrizität umgeleitet werden sollte, so würde „in den betroffenen Gebieten das Klima, die gesamte Tauerwirkung, die Bewässerung von Wiesen und Obstgärten, die Trinkwasserversorgung vieler Gemeinden in schärfster Weise betroffen und eine Versteppung dieser Gebiete unvermeidlich werden.“ Statt der geplanten Wasserkraftanlagen der Schluchsewerke wird die Errichtung von Kohle-Dampfkraftwerken zur Gewinnung der notwendigen Spitzenenergie vorgeschlagen.

**Er wollte die eigene Mutter vergiften**  
 Lindau (SWK). Einen ekelerregenden Trank mixte ein 40-jähriger Bauer aus Hengnau seiner eigenen Mutter, um sie zu vergiften. In einem Krug, aus welchem die alte Frau gewöhnlich trank, mischte er aufgelöste Hirschhornsalz, Schlaftabletten, abgeschnittene Fingernägel und übergießt dies alles mit Kaffee. Durch Zufall trank jedoch seine Schwester den ersten Schluck. Obschon diese nach einer kleinen Kostprobe die Flüssigkeit sofort wieder ausspülte, zeigten sich nach kurzer Zeit Vergiftungserscheinungen, die eine ärztliche Behandlung notwendig machten. Der ungeratene Sohn wurde festgenommen und zunächst einer Heilanstalt zwecks Untersuchung auf seinen Geisteszustand zugeführt.

## Forderungen an französische Justiz

Rolle auf der Flucht interviewt

Karlsruhe (Ibs). Der aus dem Reutlinger Gefängnis entflohen 34 Jahre alte Karlsruher Kaufmann Roll hat an einem „geheimen Treffpunkt“ einer Zeitung ein Interview gegeben. Dem Entflohenen war von der französischen Sureté zur Last gelegt worden, er habe als Küchenkapo im Konzentrationslager Mauthausen Häftlinge mißhandelt und getötet. Er war am 2. Januar in Karlsruhe verhaftet, von amerikanischen Behörden an die französische Besatzungsmacht ausgeliefert und im Amtgerichtgefängnis in Reutlingen untergebracht worden. Am 13. Januar konnte Roll durch das von außen geöffnete Gefängnistor entweichen und in einem bereitstehenden Wagen fliehen.

Wie Roll weiter berichtete, befindet sich im Gefängnis in Reutlingen der deutsche Häftling Schröglar aus Fürth, dem gleichfalls Kriegsverbrechen zur Last gelegt werden. Seit vier Jahren und elf Monaten richte Schröglar jeden zweiten Tag einen Brief an das Gericht und bitte, daß er vernommen werde. (Vgl. die Meldung auf S. 1 über den „Fall Ramcke“)

## Für gemeinsame deutsche Gespräche

Hauptauschuß des Deutschen Städtetages tagte

Baden-Baden (UP). Auf der diesjährigen Tagung des Hauptauschusses des Deutschen Städtetages in Baden-Baden kamen die Delegierten nach einer Verlaubarbeitung aus Teilnehmerkreisen überein, daß die westdeutschen Städte künftig der Propaganda aus dem Osten größere Beachtung schenken sollen. Der Hauptgeschäftsführer des deutschen Städtetages, Dr. von Aubel (Köln), erklärte in einer Pressekonferenz, für diesen Beschluß sei die Auffassung bestimmend gewesen, daß Gespräche zwischen dem deutschen Osten und dem Westen nicht abreißen dürften. Man

müsse alles unternehmen, um Annäherungsversuche aus der Sowjetzone zu ermöglichen. Wie Dr. von Aubel weiter mitteilte, ist ein Ausschuß gebildet worden, der die Auslandsbeziehungen der westdeutschen Kommunen mit den Gemeinden in westeuropäischen Ländern studieren soll. Der Oberbürgermeister von Berlin, Professor Reuter, wurde zum Vorsitzenden des Ausschusses bestimmt. Abschließend teilte der Sprecher des Städtetages mit, es sei zu erwarten, daß der Beginn des Schuljahres 1952 einheitlich in allen Ländern der Bundesrepublik, mit Ausnahme von Bayern, auf Ostern festgelegt werde.

## Staatsverwaltung und Selbstverwaltung

Die Zukunft der landwirtschaftlichen Organisationen

Auf einer in Feilbach veranstalteten Tagung des Bauernverbands Württemberg-Baden, an der mit Landwirtschaftsminister Herrmann und dem früheren Landwirtschaftsminister Stooß die Delegierten der Kreisbauernverbände aus ganz Württemberg-Baden teilnahmen, wurde u. a. die Frage der künftigen Organisation der landwirtschaftlichen Verwaltung behandelt. Anlaß dazu bot sowohl der Beschluß des Bundestages, von der Regierung den Entwurf eines Rahmengesetzes zur Wiedererrichtung von Landwirtschaftskammern zu fordern, als auch die Regierungserklärung des neuen württemberg-badischen Kabinetts, in der die Neuschaffung von berufständischen Selbstverwaltungsorganen für die Landwirtschaft als erstrebenswert bezeichnet wurde.

Nach Darlegungen des Präsidenten Dr. Ströbele über die geschichtliche Entwicklung des landwirtschaftlichen Verwaltungs- und Organisationswesens setzten sich zunächst einige Redner dafür ein, das Landwirtschaftsministerium in seiner heutigen Form, wenn auch mit gewissen, von der Verwaltungsvereinfachung gebotenen Einsparungen zu erhalten und auf die Errichtung einer Landwirtschaftskammer im gegenwärtigen Augenblick zu verzichten. Die Sprecher waren sich darüber einig, daß ein starker Bauernverband zur Vertretung der berufständischen Interessen unentbehrlich sei. Der frühere Landwirtschaftsminister Stooß erklärte, er sei nicht grundsätzlicher Gegner des Kammergedankens, er wende sich aber entschieden gegen den Versuch, eine Kammer im unrichtigen Zeitpunkt zu schaffen. Ohne Zwangsmittelgedanken und Umlagerecht sei eine solche Kammer nicht arbeitsfähig. Es sei ein Irrtum, anzunehmen, daß eine Dreigliederung des landwirtschaftlichen Organisationswesens gegenüber dem heutigen Zustand Einsparungen zulasse. Landwirtschaftsminister Herrmann stellte dagegen fest, niemand denke daran, das Landwirtschaftsministerium aufzugeben, wenn die Landwirtschaftskammer Wirklichkeit werde. Man dürfe aber nicht vergessen, daß dieses Ministerium seinerzeit als Ernährungsbehörde mit dem Ziele errichtet worden sei, das letzte aus den bäuerlichen Betrieben herauszuholen. Zur Förderung der Landwirtschaft sei in den vergangenen Jahren herzlich wenig getan worden. Zur Demokratie gehöre auch der Mut zur verantwortlichen Selbstverwaltung.

**Wende der Agrarpolitik verlangt**  
 Am 17. Februar findet in Bonn eine gemeinsame Tagung des Präsidiums des Deutschen Bauernverbandes und des Deutschen Raiffeisenverbandes statt, auf der voraussichtlich der Bundeskanzler über das Agrarprogramm der Bundesregierung sprechen wird. Die überragende Stellung der Landwirtschaft im Volk und die drohende Gefahr einer Mindererzeugung von Nahrungsgütern auf deutschem Boden fordere mit zwingender Notwendigkeit eine völlige Umstellung der Agrarpolitik, erklärte im Hinblick auf diese Tagung Präsident Schill vom Badischen landwirtschaftlichen Hauptverband. Die Bundesregierung müsse sich darüber im Klaren sein, daß Handelsverträge, wie der mit Italien und Holland abgeschlossene, der bäuerlichen Familienwirtschaft größten Schaden zugefügt hätten. Die vom Bundestag geschaffenen Marktordnungsgesetze würden nur dann ihren hohen Zweck erfüllen können, wenn die Einfuhr- und Vorratsstellen mit genügenden Geldern ausgestattet und in allen Teilen nach dem Willen des Gesetzgebers funktionsfähig gestaltet würden. Die Rettung der Landwirtschaft erfordere schließlich die sofortige Änderung der landwirtschaftlichen Preise auf der Grundlage der Gestehungskosten, eine der Landwirtschaft angemessene Steuerpoli-

### Prinz von Liechtenstein verurteilt

**Des Uhrenschmuggels für schuldig befunden**  
 Lörrach (UP). Der vierzigjährige Prinz Hans von Liechtenstein, ein Vetter des regierenden Fürsten von Liechtenstein, wurde vom Schöffengericht Lörrach wegen nachgewiesenen Uhrenschmuggels viermal zu je 15 000 DM Geldstrafe verurteilt. Für jeden Tag der Untersuchungshaft werden dem Prinzen 500 DM angerechnet. Weiter muß er zusammen mit dem Kaufmann Schneider (Bern) Wertersatz in Höhe von 530 000 DM leisten. Im Nichtbebringungsfall muß für je 1500 DM ein Tag Haft verbüßt werden.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß gewisse Interessengruppen in der Schweiz, zu denen auch Diplomaten zählten, offensichtlich glauben, sie könnten nach Belieben Uhren schmuggeln und mit Deutschland machen, was sie wollten. Die Zeit der Rechtslosigkeit sei jedoch vorbei.

Der Prinz nahm das Urteil sehr gelassen an und kehrte sichtlich ungetrübt Stimmung in die Zelle zurück. Er soll dabei erklärt haben, daß er hoffe, die Angelegenheit in den nächsten Tagen erledigen zu können. Sein Verteidiger lehnte jede Erklärung darüber ab, ob er Berufung einlegen werde oder nicht.

### Unter Mordverdacht verhaftet

**Harvan wollte in die Fremdenlegion**  
 Landau (Ib). Der des Mordes an einem 20-jährigen Stuttgarter Mädchen verdächtige Hinder Milan Harvan konnte dank der Aufmerksamkeit eines bekannten Landauer Bürgers in Landau (Pfalz) verhaftet werden. Dem Landauer Bürger war auf der Reise von Stuttgart nach Landau die Nervosität und das verzörte Aussehen eines in seinem Abteil sitzenden Mitreisenden aufgefallen. Er folgte dem Mann daher beim Aussteigen in Landau bis zur Sperrre, wo es zu einem Zwischenfall kam. Der Bahnbeamte stellte fest, daß die Fahrkarte des nervösen Reisenden nur bis Kandel gelöst worden war. Es gelang dem Beamten jedoch nicht mehr, den schnell flüchtenden Fahrgast zu stellen.

Als der wachsame Landauer Bürger dann in der Zeitung die Meldung über den Mord in Stuttgart las, kam ihm die Vermutung, daß sein Mitreisender mit dem gesuchten Mörder identisch sei. Er verständigte die Landauer Kriminalpolizei, die sich sofort an die Landauer Meldestelle der französischen Fremdenlegion wandte und dort tatsächlich den Gesuchten fand. Da es sich um einen wegen Mordes gesuchten Mann handelte, lieferten die zuständigen Stellen der Fremdenlegion Harvan an die Kriminalpolizei aus, die ihn in Haft nahm. Harvan ist inzwischen von Beamten der Stuttgarter Kriminalpolizei nach Stuttgart gebracht worden.

**„Vatertag“ wird Tag des Weines**  
 Bad Dürkheim (SWK). Auf Wunsch der deutschen Weinwirtschaft wird der Himmelfahrtstag am 3. Mai zum „Tag des Weines“ proklamiert. Man hofft, daß auf diese Weise der Absatz vergrößert werden kann, weil die Winzer sich infolge der überdurchschnittlichen Ernte in einer recht schwierigen Lage befinden.

**Omnibus fuhr gegen Baum — sechs Verletzte**  
 Kaiserslautern (Ibn). Der Kraftpost-Omnibus Kaiserslautern — Mölschbach geriet auf der schlechten Straße vor Mölschbach in ein Schlagloch und fuhr gegen einen Baum. Sechs Verletzte, darunter ein Schwerverletzter, wurden in das Städtische Krankenhaus Kaiserslautern eingeliefert.

**Einbruch in die Sparkasse Gernersheim**  
 Gernersheim (Ib). Bei Nacht brachen unbekannte Täter den Kassenschrank der Stadt- und Kreisparkasse Gernersheim (Pfalz) auf und entwendeten etwa 25 000 DM. Als die von einem Wachmann verständigte Polizei eintraf, waren die Einbrecher unter Zurücklassung ihres Einbruchswerkzeuges verschwunden. Gegen die Verfolgung mit Hunden hätten sie Blausäure gestreut.

**Häftling in seiner Zelle verbrannt**  
 Schwäbisch Hall (Iwb). In einer Zelle des Untersuchungsgefängnisses in Schwäbisch Hall entstand in der Nacht zum Donnerstag ein Brand, dem ein Häftling zum Opfer fiel. Der Zelleninsasse, ein junger Mann, erstickte in der starken Rauchentwicklung. Die Ursache des Brandes ist noch nicht bekannt.

Lang entbehrt  
**„MOKRI“**  
 besser denn je!  
 »Die TRADITIONS-ZIGARETTE der LANDE GmbH MÜNCHEN«

# Blicklichter AUS ALLER WELT



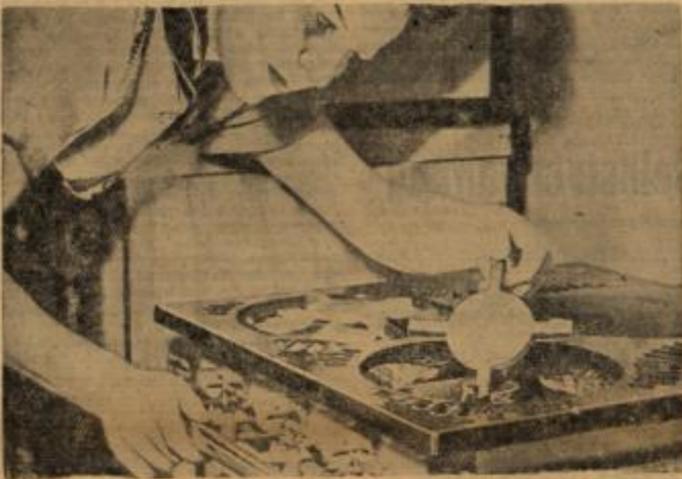
**Baran/Falk wurden Europameister**  
Das deutsche Meisterpaar Ria Boran/Paul Falk gewann die Meisterschaft im Eiskunstlauf!



**Feldmarschall Mannerheims Leiche wurde nach Finnland übergeführt**  
Die Leiche des ehemaligen finnischen Staatspräsidenten, Feldmarschall Mannerheim, wurde vom Genfer Flugplatz aus nach Helsinki übergeführt, wo ein Staatsbegräbnis stattfand



**Alfried Krupp aus Landsberg entlassen**  
Unter den 29 auf freien Fuß gesetzten Häftlingen befindet sich auch Alfred Krupp



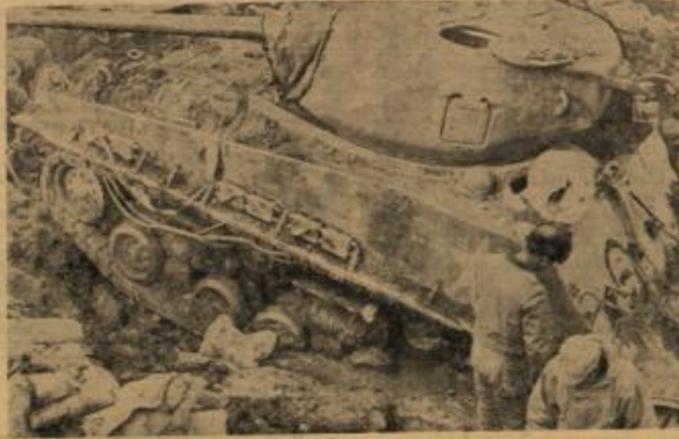
**Der „Talisman“ schützt vor Gas-Unfällen**  
Der potentierte „Talisman“ wird über den Gasbrenner gelegt und verhindert das Auslöchen der Gasflamme, wenn eine Flüssigkeit überkocht. Die Heizkraft bleibt erhalten



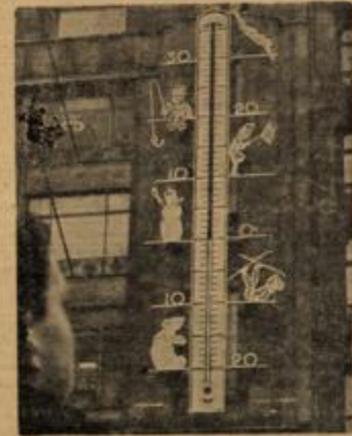
**LIEBt sich eine Stradivari-Geige nachahmen?**  
Ein junger Däne will das Geheimnis des berühmten italienischen Geigenbauers Stradivari entdecken haben. Er versucht, Geigen mit demselben schönen Klang herzustellen



**Wer macht mit?**  
Diese Anstecknadel, deren Träger gegen eine Wiederbewaffnung sind, ist nun erhältlich



**Ein großer Gegner der UN-Truppen in Korea: der Schlamm**  
In „General Schlamm“ haben die Kommunisten in Korea einen wertvollen Verbündeten gefunden, denn er behindert die Fortbewegung der schweren Waffen der UN-Truppen



**Das größte Thermometer Europas**  
In Brüssel befindet sich ein 10 m hohes Thermometer, das die Temperatur genau anzeigt



**Berlins neue Regierung stellt sich vor**  
Der neue Berliner Senat (v. l. n. r.): Oberbürgermeister Reuter, Bürgermeister Schreiber, Dr. Conrad (Gesundheit), Dr. Kielinger (Recht) und Dr. Hoaz (Finanzen).



**„Außerparlamentarische“ Diskussion bei der UNO-Vollversammlung**  
Warren Austin (Mitte), der amerikanische Delegierte bei der UNO, bespricht sich hier mit (v. l. n. r.) Dr. Malik (Libanon), Sunle (Norwegen) und Entezam (Iran)

Wider: dpa